

Auswertung Fragenkatalog

Stellungnahmen der Kandidatinnen und Kandidaten, die an der Gemeinderatswahl am 9. Juni 2024 in Überlingen teilnehmen

Anzahl der Rückmeldungen: 19

Anzahl der Teilnehmer: 24

davon weiblich: 4 männlich: 20

Mitgliedschaft der Teilnehmer in folgenden Parteien/ Fraktionen:

LBU/Die Grünen 4 Rückmeldungen (eine mit 6 Unterzeichnern)

CDU 5 Rückmeldungen

SPD 4 Rückmeldungen

FW/ÜFA 4 Rückmeldungen

FDP 2 Rückmeldungen

Stellungnahmen, die nicht auf die gestellten Fragen eingehen: 2

Begründungen:

Einige Fragen im Katalog geben eine Meinung vor.

Bürgerbeteiligung ist nur über Listen sinnvoll.

In unserer repräsentativen Demokratie wird für eine Legislaturperiode Verantwortung von den Wählern übertragen.

Die Erwartung, dass die BA sich als Liste zur Wahl stellt, wurde nicht erfüllt.

Ein Gremium, das die gewählten Gremien kontrolliert, ist im Wahlgesetz nicht vorgesehen und rundweg abzulehnen.

Stellungnahmen, die auf die Fragen eingehen: 17 insgesamt,

SPD 2 CDU 5 FW/ÜFA 4 FDP 2 LBU/Die Grünen 4 (davon ist 1 Stellungnahme von 6 Personen unterzeichnet)

Beiträge zu den einzelnen Fragen:

1. Bürgerbeteiligung

Der Bund und das Land Baden-Württemberg unterstützen die Kommunen in Sachen dialogische Bürgerbeteiligung und sie fördern die Schaffung von Bürgerräten.

a) Wie stehen Sie zu dieser Form der Mitwirkung?

Zustimmung gibt es dazu in 15 Rückmeldungen von: LBU/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, FW/ ÜFA mit folgendem Ergebnis:

Die Schaffung von Bürgerräten ist zu unterstützen, sie ist ein Gewinn für

Entscheidungssträger und die Bürgerschaft, sie kann Polarisierung abmildern,

gegenseitiges Zuhören fördern; die frühzeitige Einbindung der Bürger ist essentiell für die

Akzeptanz von Entscheidungen, sie ist sinnvoll und zeitgemäß; es ist wichtig, dass ein möglichst großes Meinungsbild aus der Bürgerschaft vertreten ist.

Zum Thema „Bürgerräte“ besteht noch Informationsbedarf bei einigen Kandidaten
Einschränkung 1/CDU: *Es fehlen die rechtliche Befugnis und die Verantwortung zur Entscheidung;*

das Dilemma Gehört werden/Erhört werden kann bei Beteiligten auch zur Enttäuschung führen.

Ablehnung 1/CDU, 1/FDP: *Der demokratisch gewählte Bürgerrat ist bereits der Gemeinderat. Bürgerräte sind überflüssig, es ist möglich, dass sie in großen Städten Sinn machen.*

b) Wenn Sie das Bürgerratsprinzip für Überlingen befürworten, bei welchen Themen und Projekten wäre, Ihrer Meinung nach, der Einsatz von Bürgerräten besonders geeignet?

Vorschläge und Meinungen von LBU/Die Grünen, CDU, SPD, FW/ ÜFA, FDP:

Bei öffentlichen Bauprojekten, der Entwicklung von Bebauungsplänen, Gestaltung der Außenanlagen bei Bauprojekten, z.B. Schulen „Green Campus“, bei Projekten zum Klimaschutz, zur Finanzplanung, Mobilität, Projekten zum Thema Verkehr, Einsatz bei ISEK, Kramer-Areal, Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes. Wie können wir die Stadt zur starken Arbeitgebermarke machen? Miet- und Immobilienpreise, Kulturförderung, Jugendaktivitäten, Das Bürgerratsprinzip wäre besonders geeignet bei allem, was die Überlinger direkt betrifft.

2. Klima- und Umweltschutz

Parks, Grünflächen und Bäume sind die grünen Lungen unserer Stadt. Durch Nachverdichtung und neue Bauprojekte drohen sie – trotz zahlreicher Bürgerproteste – weiter reduziert zu werden. Was wollen Sie künftig tun um zu ihrem Erhalt und ihrer Erweiterung beizutragen?

Mehrere KandidatInnen und Kandidaten *nennen den schwierigen Abwägprozess zwischen Klimaschutz und Bauen und Wohnen. Es gäbe keine einfachen Lösungen.*
Einzelne Meinungen: *Die Stadt sei in der Pflicht, lokale Initiativen zu fördern, die sich zum Ziel gesetzt haben, Biodiversität und Artenvielfalt zu fördern, auf Fassaden-, und Dachbegrünung zu achten und auf strategisch Standorte für Bäume zur natürlichen Beschattung zu setzen (SPD). Bei Neubauten und Nachverdichtung ginge es um den Erhalt der Wohn-, Aufenthalts- und Luftqualität (CDU und FDP).*

Eine Teilnehmerin will es sich zur Aufgabe machen, das Mitspracherecht der Überlinger in diesem Bereich zu erweitern und darauf hinweisen, dass im Bodenseeraum der Baugrund endlich ist (FW/ÜFA). Mit Unterstützung von BUND und Umwelthilfe sollte, laut einer anderen Kandidatin, durch alternative Konzepte vorhandener Wohnraum belebt werden (LBU/Die Grünen). Genügend freie Flächen für Bauprojekte seien vorhanden, ohne Parks und Bäume zu reduzieren. Durch höheres Bauen könne Flächenverbrauch eingeschränkt werden (FDP).

Ein Wahlkandidat bedauert, dass es bei jedem Bauprojekt Proteste von Bürgern gebe, die in den angrenzenden Gebieten selbst gebaut haben(FW/ÜFA).

3. Bauen und Wohnen

Viele Bürger können sich durch stark gestiegene Baukosten und hohe Mieten das Wohnen in Überlingen nicht mehr leisten. Wo und wie ließe sich in Überlingen bezahlbarer Wohnraum in bestehenden Bauten ermöglichen?

Folgende Vorschläge werden unterbreitet:

Vorschläge CDU: Nachverdichtung, Anpassung der bestehenden Bebauungspläne von 3 auf 5 Vollgeschosse, Verzicht auf extensive Einfamilienhausgebiete im Kernstadtbereich, Zusammenlegung und Neuaufteilung innerhalb von Bestandsimmobilien;

Vorschläge SPD: Grundstücksvergabe in Erbpacht, die Mietpreisbegrenzung, die Sanierung von Häusern und Wohnungen muss Vorrang vor Abriss und Neubau haben.

LBU/Die Grünen: Leerstände durch Anmietung von der Stadt und Untervermietung nutzbar machen und Bürgergenossenschaften gründen. Bebauungspläne sind ein wichtiges Werkzeug, um Grünflächen und Baumstandorte zu erhalten.

FW/ÜFA und LBU/Die Grünen: Hinweise auf erste Schritte der Stadt Überlingen mit der Zweckentfremdungssatzung und dem Wohnbaulandmodell 2030, die beispielsweise für das Areal Kiebler-Rauenstein, die Turmgasse und vielleicht auch für das Kramer-Areal vorgesehen sind. Großes Potential bestünde bei ungenutztem Wohnraum, hilfreich wäre eine städtisch geführte „Tauschbörse“.

FDP: Die Frage impliziere, dass keine neuen Bauten entstehen sollten und sie eigne sich nicht, das Thema bezahlbarer Wohnraum zu beantworten.

4. Energieversorgung

Um die Energiewende und die dezentrale Energieversorgung zu schaffen sind viele Einzelmaßnahmen erforderlich.

Für welche Einzelprojekte würden Sie sich einsetzen?

Die Kandidaten aller Parteien nennen die bessere Wärmedämmung von Gebäuden, die Förderung von mehr Photovoltaikanlagen bei privaten und öffentlichen Einrichtungen und die Nutzung von Windkraft und Seewärme.

Eine Stellungnahme der CDU plädiert für ein Seewasserwärme-Kraftwerk auf dem Seesportplatz. die Verlegung von Kaltwasserrohren, um private Wärmepumpen zu versorgen und damit Kosten für Fernheizungsrohre zu sparen und, nach dänischem Vorbild, den Ausbau von Fernwärmenetzen,

Stellungnahmen der LBU/Die Grünen sind für ein besseres Licht- und Energie-Management in städtischen Gebäuden, mehr Aufklärungsarbeit zur Wärmedämmung und, statt Neubauten zu schaffen, bestehende Gebäude besser für bezahlbares Wohnen zu nutzen.

KandidatInnen der FWV/ÜfA wollen BürgerInnen bei Energieprojekten stärker mit einbeziehen, für weniger Bürokratie im Energiebereich sorgen und sie wollen sich für ein besseres Kosten-Nutzen Denken einsetzen.

Aus der FDP kommt der Vorschlag, die Abwärme aus der Industrie zu nutzen.

5. Verkehr

Die mittelalterliche Kernstadt ist die gute Stube Überlingens, aber für hohes Verkehrsaufkommen nicht geschaffen.

a) Wie und mit welchen Mitteln wollen Sie die Verkehrsberuhigung in der Altstadt weiter voranbringen?

Kandidaten von LBU/Die Grünen, SPD und FW/ÜFA wollen die Verkehrsberuhigung nach dem städtischen Konzept fortführen und in der Franziskaner- und der Christophstraße die gleichen Bedingungen wie in der Kessenringstraße schaffen und durchgehende sichere Wege für Fußgänger und Radfahrer ermöglichen.

Von Seiten der FW/ÜFA, SPD und FDP sollte die Beschilderung der Ortseingänge und das Parkleitsystem verbessert werden.

Zwei Stellungnahmen der CDU plädieren für einen Shuttle-Betrieb, das Aufstocken von und P+R Plätzen und die Verbesserung des ÖPNV.

Die Innenstadt müsse für die ältere Bevölkerung und die Geschäftswelt erreichbar bleiben. Geänderte Öffnungszeiten für Poller und die Anfahrtsmöglichkeiten von Geschäften plädieren einzelne Mitglieder der CDU und die Kandidaten der FDP.

b) Wie stehen Sie zu TEMPO 30 in allen Stadtteilen?

Vertreter der LBU/Die Grünen befürworten einhellig diese Regelung.

Drei Mitglieder der CDU vertreten die Meinungen, es sei höchste Zeit, Tempo 30 einzuführen. Doch das müsse einvernehmlich mit den Bürgern geregelt werden.

Das Thema soll nicht pauschalisiert werden, meinen einige Vertreter der CDU und FDP.

FW/ÜFA-Kandidaten begrüßen eine Ausweitung der Tempo 30 Zonen auf weitere Stadtteile, doch würden die Regelungen von Bund, Land und Kreis dem Vorhaben z.T. Grenzen setzen.

6. Kultur

Der Kulturbetrieb in unserer Stadt wird hauptsächlich durch Privatinitiativen getragen. Wie könnte die Stadt verstärkt Kulturförderung betreiben?

Laut LBU /Die Grünen, CDU und FW/ ÜFA ist die Einschätzung, der Kulturbetrieb werde hauptsächlich von Privatinitiativen getragen, nicht richtig. Ausstellungen im faulen Pelz, in Museen, Veranstaltungen der Musikschule, der Stadtkapelle, die Angebote der Stadtbücherei wären u.a. der Beweis, dass die Kulturförderung von der Stadt getragen wird. Eine bessere Koordinierung der Kulturprogramme (FDP), die Unterstützung von Vereinen wären nötig und mehr gezeigte Wertschätzung den Kulturschaffenden gegenüber. Ein Beitrag aus den Reihen der LBU /Die Grünen plädiert dafür, das Kulturbudget zu erhöhen.

Ein CDU-Kandidat setzt auf mehr Gespräche zwischen Kulturschaffenden und Stadt, um geeignete Räumlichkeiten für Kunstprojekte zu finden. Parteienübergreifend wird die Ertüchtigung der Kapuzinerkirche als wichtiges Ziel genannt und es werden mehr Privatinitiativen im Kulturbereich gewünscht.

Von SPD-Seite wird ein Nutzungskonzept für das Rauensteinschloss angeregt.

Ein Kandidat der FW/ÜFA gibt zu bedenken, die Pflichtaufgaben der Stadt würden die Unterstützung des Kultursektors erschweren.

7. Schutz und Sicherheit

Durch die Zunahme von Extremwetterlagen rückt der Katastrophenschutz immer mehr ins Bewusstsein der Bürger. Sie erwarten auch immer mehr Informationen von den Entscheidungsträgern und Teilhabe an der Katastrophenschutz-Planung. Welche Möglichkeiten sehen Sie bei diesem Projekt, die Bürger stärker einzubinden?

In dieser Frage sind sich viele Kandidaten und Parteien uneins. FW/ÜFA und SPD sehen das Thema Katastrophenschutz als geeignete Aufgabe für einen Bürgerrat, während andere die Zuständigkeit bei den Experten von THW und Feuerwehr sehen (FDP). In Bezug auf Extremwetterlagen wird der Katastrophenschutz vereinzelt nicht als Thema für Überlingen betrachtet. Eine ganze Reihe von Wahlkandidaten verschiedener Parteien äußert Informationsbedarf in dieser Angelegenheit. Man müsse überprüfen, welche Katastrophenschutzpläne der Stadt vorliegen (CDU, SPD, LBU/Die Grünen). Genauere Vorstellungen zum Katastrophenschutz bei Starkregen hat ein Kandidat der CDU. Nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ sollten gegen Starkregen Grünzonen als Niederschlagspuffer geschaffen und Flächen entsiegelt werden. Akustische Warnanlagen (Nina App) wären nötig und bei Starkregenereignissen sei die enge Zusammenarbeit von THW, Feuerwehr, Polizei und Bürgern erforderlich.